

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

13 (16.1.1919)

An dem Kriegsbeginn und an dem Kriegsausgang hatte der frühere Großherzog unseres Landes keinen Anteil. Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank auszusprechen für den von Engbergigkeit freien Geist, in dem sie als die Glieder der erblichen Dynastie Baden ihre Aufgabe erfüllt und erfüllt haben. Die Umwälzung hat sich in unserem Bundesstaat innerhalb der alten staatlichen Grenzen vollzogen. An größerer und kleineren Versuchen, diese Grenzen zu ändern, hat es nicht gefehlt. Wir haben jedesmal kräftig abgewunken. Es war ein guter Wurf, als Napoleons gewaltige Hand den mehr beschaulich heiteren Stamm der Alemannen mit dem lebhafteren und tatkräftigeren Frankenwolf der Pfalz und des Taubergrundes zu einem südwestdeutschen Staatengebilde zusammenformte. Was immer die Zukunft bringt, Badener wollen wir bleiben. (Beifall.) Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reichs. (Lebhafter Beifall.)

Gerade weil wir als südwestliches Grenzland besondere Versuchungen abzuwehren haben und gerade weil der alte deutsche Traum der Reichseinheit und der Republik im Jahre 1848 und 49 in unserem Lande besonders die Herzen bewegte, wird es in wenigen gefährdeten Bundesstaaten verstanden, wenn wir laut über alle deutschen Gänge hinrufen: Nützt nicht am Reich! Wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben! (Beifall.) Kommen unsere Brüder aus Deutschösterreich noch zu uns, so werden wir als einflussreiche Vorderösterreicher die alte Freundschaft gerne erneuern und uns am größeren Sünden freuen. (Beifall.)

Mögen aber auch die Männer der Reichsregierung wissen, daß wir keine übertriebene Zentralisation wünschen. (Sehr gut) und daß eine neue preussische Vorherrschaft dadurch nicht erträglich wird, daß die Staatsform gewechselt hat. (Sehr richtig.) Gewiß, wir danken der preussischen Eigenart und Tatkraft mancherlei, auch in der deutschen Republik wird Preußen mit Recht den seiner Größe entsprechenden Einfluß ansuchen. Aber auch wir wollen unsere Eigenart entfalten können und der Einfluß des badiischen Staates auf die Reichsgeschäfte muß gesichert bleiben. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Noch stehen wir vor den geschlossenen Toren des Friedens und warten bis sie aufgehen. Sie zu sprengen hat Deutschland keine Macht mehr. Ein hartnäckiger Sieger hält die Wache.

weiterhin aufrecht. Während angeblich die Waffen ruhen, tötet und gefährdet er wehrloses deutsches Menschenleben, besonders unter unserer Kindervelt. Wir erheben mit aller Macht Einspruch gegen diese himmelschreiende Unrechtigkeit. (Sehr gut.) Die Friedensbedingungen werden auch im allergeringsten Falle sehr schwer. Es darf aber auch nicht unausgesprochen bleiben, daß allein die rascheste Befestigung der neuen Zustände dem Feind jene Achtung abnötigen wird, die uns einen Verhandlungsfrieden amant eines Diktaturfriedens vielleicht noch gewährleisten kann. Nur mit Jora können wir deshalb nach der Reichshauptstadt blicken. (Sehr richtig.) Wir haben kein Verständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen. (Sehr richtig.) Wir hoffen, daß es der Regierung Ober-Scheidemann gelingt, dauernd Ordnung zu schaffen. (Beifall.)

Die Verantwortung für die ruhige Veranferung der Eigenschaften einer Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, ist in erster Reihe eine innere Angelegenheit des Gewissens jedes Staatsbürgers und jeder Staatsbürgerin. Es heißt: „Nicht verpflichtet.“ Noch mehr verpflichten Demokratie und Sozialismus. (Sehr richtig.) Der einzige Adel des künftigen einen neuen Leben sich entgegenringenden Deutschlands wird der

Adel der Arbeit

sein. (Bravo.) Der Arbeiter, der glaubt, unter völlig sozia-

littischer Führung sei der Aufbau unseres gerüttelten Staatsweilens anders möglich als durch ernste Arbeit, der befindet sich in einem fundamentalen Irrtum. (Sehr richtig.) Die einstige hohe Menschheitsforderung des „Rechtes auf Arbeit“ darf nicht jetzt wie eine ungelegene Last bei Seite geschoben werden. Jede Schiedung der Begüterten bei ihren Rettungsversuchen vor den kommenden Vermögensabgaben ist Diebstahl am Staatsgut und kann nicht scharf genug geahndet werden. (Beifall.) Aber die Machtmittel der Regierung, diese Schädiger des Staates zu fassen, sind viel größer als ihr Einfluß, die großen Massen des werktätigen Volkes wieder in die Bewegung produktiver Arbeit zu setzen. Die Regierung ist sich bei dem vorhandenen Rohstoffmangel und der überstürzten Demobilisierung der ganzen Schwierigkeit der Arbeitslosenfrage wohl bewußt. Soldaten und Arbeiter haben dem Volk die politische Freiheit gebracht, um die es jahrzehntlang gerungen. Sie wäre ein Danaergeschenk, wenn die Arbeiter nicht das Werk vollenden und das Land vor wirtschaftlichem Untergang retten würde. Es wird der Stolz der Arbeiterschaft unseres Landes sein, im neuen demokratischen und sozialen Volksstaat die machtvollen Worte des Dichters in selbstbewußter Kraft umzusetzen und um sie zur Tat werden zu lassen:

„Alle Mäder gehen wieder, Recht das Volk die starken Glieder!“

(Beifall.) Wir sind ein demokratischer und sozialer Volksstaat. Das bedeutet, daß es aus sein muß mit der menschenwürdigen Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. (Beifall bei den Sozialdem.) Mühsig gehende Aktionäre, arbeitslose Dividendenbesitzer, kurz herausgeatet Schmarotzer an christlicher Leute Arbeit haben keinen Anspruch auf Schonung in einem sozialen Volksstaat. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdem.) Aber auch abgesehen davon, daß die

Sozialisierung

eine Reichsfrage ist, darf auch hier der nüchterne Tatbestand nicht übersehen werden. Selbst der radikale Theoretiker des Sozialismus, Karl Kautsky, hat vor einer Zeit schon durchzuführen allgemeinen Sozialisierung als einem für die Wirtschaft und vor allem für die Arbeiterschaft selbst lebensgefährlichen Experiment gewarnt. Wo nichts ist, da haben auch die Republikaner das Recht verloren. (Sehr richtig.) Das Beispiel Rußlands zeigt es, wie eng neben einer streng durchgeführten Sozialisierung Hungersnot, Cholera und Erfrigungstod als Massenerscheinung bestens gedeihen können. Die vorläufige Regierung des badiischen Volksstaates denkt und empfindet in ihrer Mehrheit sozialistisch, aber sie verzicht nicht, daß die Revolution mit ihren vorwiegend militärischen Grundrissen zwar unsere alten politischen Zustände stürzte, unsere Wirtschaft aber in den denkbar ungünstigsten Zustand für eine Neugestaltung versetzt. Die bittere Wahrheit ist, daß wir nur die Wahl haben zwischen den beiden Parolen:

Arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln!

oder: Nicht arbeiten, hungern und verzweifeln! (Sehr gut) auf allen Seiten des Hauses.) Der Versuch, einen Ausweg aus dieser Alternative im Volksweltismus zu suchen, wird nach kurzem Narci ein Ende voller Schrecken und kirchhojsruhe sein.

Und nun lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch diesen Betrachtungen allgemeiner Natur, denen Sie die Berechtigung in dieser Zeit voller ungelöster, allerhöchster Fragen nicht verjagen werden, die

nächsten Aufgaben der badiischen Nationalversammlung ins Auge fassen. Zunächst wird zu erwägen sein, ob die vorläufige Volksregierung bis zur Schaffung der Verfassung bestehen bleibt und von der Nationalversammlung beauftragt wird oder ob sie eine neue Regierung bilden wollen. Namens der vorläufigen Volksregierung stelle ich unsere Mitglieder der Nationalversammlung zur Verfügung.

gen im alten Rom zwischen Marcus und Sulla, Pompejus und Caesar, Octavianus und Antonius sowie dem Schreckensregiment des 30 Tyrannen in Athen am Schluß des peloponnesischen Krieges würdig an die Seite reiste. Das Mittelalter kennt nur eine Revolution und dies ist die Iohannanne listigste Welker vom Jahre 1282, die ein berechtigter Protest der neoplatonisch-italienischen Bevölkerung gegen eine ihr aufgedrungenen Fremdherrschaft war und in einer an einem festgelegten Tage bevorstehenden Knebelregelung sämtlicher nach Jehntausenden zählenden Fremdlingen bestand. Nicht ganz so trag und ungewöhnlich, aber immerhin durch Volksaufstand, Straßenkampf und Knebelregelung ausgezeichnet, sowie nebensächlich durch den Konflikt republikaner und Feudaltruppen unterstützt, verliefen die nach der französischen Juli-revolution auftretenden Aufstände in Belgien und Polen, sowie ganz besonders die 48er französische Februarrevolution mit ihrer großen analog verlaufenden Nebenrolle auf das ganze übrige Europa mit Ausnahme Englands und Rußlands. Von diesem Charakter waren die russischen Revolutionen von 1825 nach der Erhebung von Nicolaus I., der von 1905 am Ende des japanischen Krieges und der letzten alles umstürzenden vom Jahre 1917 des Weltkrieges.

Was unter deutsches Vaterland in diesen November- und Dezemberjahren 1918 des abgebrochenen Weltkrieges betrifft, so tritt trotz aller traurigen Begleiterscheinungen der Revolution, die sich in den Spartakusputzchen und den verächtlichen Streiks zeigt, doch unüberkennbar das Maß- und Zielhalten eines disziplinierten Volkes bei einem relativ geordneten Zustande, ohne dahinterstehende handgreifliche Macht für jeden objektiven Beobachter und Kritiker in den Vordergrund. Daß eine deutsche Revolution, wenn Phantasten früher überhaupt an die Möglichkeit einer solchen Erscheinung gedacht haben sollten, ein alles mit sich reisender Sturm hätte werden können, sieht man wohl leicht für ausgeschlossen. Es ist aber ein Unterchied, ob die Revolutionsmänner oder die an ihr Beteiligten in der Mehrzahl Anclipsheten sind oder seit Mensichenaltern eine geordnete Volksschulbildung genossen haben und trotz dieser Gelegenheiten fanden, im Staate mitzubestimmen durch freie Wahlrechte, selbst wenn dieselben lange nicht ihren Wünschen entsprächen und so weit gingen, wie es ihnen von Rechtswegen zufam.

Die Hauptarbeit der nächsten Wochen wird ausgefüllt werden durch die

Vollendung des Verfassungswerkes.

Das Gesetz kann nicht rasch genug unter Dach und Fach gebracht werden. (Sehr richtig!) Der Entwurf sieht die Wahlen zur gezielte Verammlung nach dem direkten geheimen Verfahren unter Anwendung des Verhältnisprinzips vor. Die Voraussetzungen für eine Erste Kammer sind durch die politische Umwälzung weggefallen. Die

Gemeindevahlen

werden von der Klasseneinteilung befreit und demokratisiert. (Beifall.) Das Haus wird diesen durch den Wahlausfall selbstverständlich gewordenen Forderungen die Zustimmung kaum verjagen.

Unsere Schulen

sind die zweitwichtigste Sorge der Regierung. Die Volksschulbildung ist das Fundament der ganzen Volksbildung. (Bravo!) Ein freier, freier Geist wird unsere Schulhäuser durchwehen müssen. Dabei wird es bei den zerstörenden Wirkungen des Krieges unter unserer jahrelang Vaterlosen Jugend in hohem Maße einer einsichtigen Zuht bedürfen. (Sehr gut.) Ich rufe von dieser Stelle aus alle Männer und Frauen unseres Volkes auf, zu brechen mit dem Geist eines schloffen Gedankens, gegenüber einer sich revolutionär gebörenden, in Wirklichkeit aber bernährlosten Jugend. (Sehr gut!) in allen Bevölkerungsschichten von unten bis oben. (Sehr gut!)

Allein der Schonung einer idealistischen Weltauffassung, die in das Kinderberg verplant wird, kann unsere Jugend über die Schwere der kommenden Zeit hinwegtragen. (Beifall.) Auch darf neben der Vermittlung des Wissens gerade in unseren harten Zeiten eines nicht vergessen werden, vom 1. Schuljahr an: die Formung und Festigung des Charakters! (Sehr gut!)

Das Verhältnis zwischen

Staat und Kirche

sollte für die nächsten Jahre eine neutrale Zone der Politik in diesem Hause werden. Es kann bei gutem Willen von allen Seiten und besonders bei voller Anerkennung auch der kleinen Religionsgemeinschaften nicht schwer sein, hier einen friedlichen Ausgleich für die Jahre des Neuanfanges zu finden.

Sozialpolitik

muß das Menschnemäßliche gesehen, um die Lage der Arbeiter erträglich zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Als Nachbarland werden wir keinen leichten Stand dem Esch gegenüber haben. Das alte System hat schon im Frieden

im Esch

schwere Fehler gemacht. Im Kriege aber hat die militärische Verwaltung im Esch eine maßlose Verberitterung erzeugt, Trodken sind wir überzeugt, daß die Eschler nie vergessen werden, daß sie nach Abnennung und Sprache zu den Deutschen Kulturkreis gehören. (Beifall.) Unseren Anmannen im Oberland sind sie verwandt. Wir werden in erler Reihe berufen sein, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Nachbar mit Tatkraft und Selbstbemühen wieder aufzunehmen. (Bravo!)

So sehen wir uns vor eine Reihe von Aufgaben gestellt, aus denen ich nur einige wichtige hervorgehoben habe.

Für wen schaffen wir das alles?

Für das nachkommende Geschlecht! Für unsere Jugend! Sie wird uns Ältere nicht entbehren können, wie sie es oft meint. Wir waren aber auch einmal jung und haben lernen müssen, daß man aufeinander angewiesen ist. Alle, Jung und Alt, Reich und Arm, gelehrt und ungelehrt, Arbeiter, Bürger und Bauer, alle müssen wir zusammenhalten. Uns umringt die harte Gegenwart. Da wollen wir uns aufreden und stolzen Mutes inmitten einer Welt von

Ueber Revolutionen.

von D. Alexig Schmidt.

Unter einer Revolution kann man die außerordentliche Neugestaltung eines Staatswesens verstehen, denn wenn in dem Worte selbst mehr liegt, insofern es richtig überlegt, Umwälzung bedeutet, also etwas gewaltam sich vollziehendes andeutet, so braucht letzteres durchaus nicht immer in der Art des Umstümpfens vom Alten zum Neuen zu liegen. Es hat deshalb durchaus friedliche Revolutionen gegeben und braucht nur an die Völkervermehrung von Schweden 1905 und die jungtürkische Revolution von 1908 erinnert zu werden. Blühige Erzfesse, Anammlung großer Volksmassen, gewalttätige Schließungen ehemaliger gesetzlicher Körper-schaften waren wohl sehr häufig die Begleiterscheinungen der Revolutionen, wie das Buch der Geschichte lehrt, gehörten aber durchaus nicht zu ihrem Wesen und zum Begriffe derselben. Es verhält sich damit ähnlich, wie mit dem des „Tyrannen“, worunter man sich gewöhnlich einen gewalt-samen und grausam wirtschaftenden Despoten vorstellt, wäh-rend dieser aus dem Altertum herkommende Ausdruck nur einen Herrscher oder Machthaber bedeutet, der auf nicht ge-wöhnliche Art in den Herrschaftsbereich gelangte und von seiner Macht in der möglichsten und weitesten Art Gebrauch machen konnte. In diesem Sinne waren der bekannte Desipus im alten Athen und Dionysius von Syracus „Tyrannen“.

Zu den unblutigen, auf die ganze Reihe des Volkes und dessen weite Mäßigung schließenden Staatsumwälzungen ge-hörten die beiden englischen gegen die Stuarts gerichteten im 17. Jahrhundert, bei deren ersten es nur den Kopf Karls I. und einiger mitterantwärtlichen Personen kostete (1649), und bei der zweiten 1688 durch die Entthronung Jacobs II. und Erhebung Wilhelms III. labial ein Thronwechsel stattfand. Im wesentlichen ebenso friedfertig, vielleicht etwas geräusch-voller verlief die franz. Julirevolution von 1830. Im Gegen-satz zu diesen stehen allerdings fast alle anderen Revolutionen, wo das vielleicht an sich sehr richtige Prinzip der staatlichen Umwälzung mit dem Terror vergesellschaftet war. Sicher-heit in erster Linie die französische Revolution, die nach ihren gemäßigten und verständnisvollen Anfängen schließlich ins Blut leben wollte und sich den fürchterlichen Bürgerkrie-

gen im alten Rom zwischen Marcus und Sulla, Pompejus und Caesar, Octavianus und Antonius sowie dem Schreckensregiment des 30 Tyrannen in Athen am Schluß des peloponnesischen Krieges würdig an die Seite reiste. Das Mittelalter kennt nur eine Revolution und dies ist die Iohannanne listigste Welker vom Jahre 1282, die ein berechtigter Protest der neoplatonisch-italienischen Bevölkerung gegen eine ihr aufgedrungenen Fremdherrschaft war und in einer an einem festgelegten Tage bevorstehenden Knebelregelung sämtlicher nach Jehntausenden zählenden Fremdlingen bestand. Nicht ganz so trag und ungewöhnlich, aber immerhin durch Volksaufstand, Straßenkampf und Knebelregelung ausgezeichnet, sowie nebensächlich durch den Konflikt republikaner und Feudaltruppen unterstützt, verliefen die nach der französischen Juli-revolution auftretenden Aufstände in Belgien und Polen, sowie ganz besonders die 48er französische Februarrevolution mit ihrer großen analog verlaufenden Nebenrolle auf das ganze übrige Europa mit Ausnahme Englands und Rußlands. Von diesem Charakter waren die russischen Revolutionen von 1825 nach der Erhebung von Nicolaus I., der von 1905 am Ende des japanischen Krieges und der letzten alles umstürzenden vom Jahre 1917 des Weltkrieges.

Was unter deutsches Vaterland in diesen November- und Dezemberjahren 1918 des abgebrochenen Weltkrieges betrifft, so tritt trotz aller traurigen Begleiterscheinungen der Revolution, die sich in den Spartakusputzchen und den verächtlichen Streiks zeigt, doch unüberkennbar das Maß- und Zielhalten eines disziplinierten Volkes bei einem relativ geordneten Zustande, ohne dahinterstehende handgreifliche Macht für jeden objektiven Beobachter und Kritiker in den Vordergrund. Daß eine deutsche Revolution, wenn Phantasten früher überhaupt an die Möglichkeit einer solchen Erscheinung gedacht haben sollten, ein alles mit sich reisender Sturm hätte werden können, sieht man wohl leicht für ausgeschlossen. Es ist aber ein Unterchied, ob die Revolutionsmänner oder die an ihr Beteiligten in der Mehrzahl Anclipsheten sind oder seit Mensichenaltern eine geordnete Volksschulbildung genossen haben und trotz dieser Gelegenheiten fanden, im Staate mitzubestimmen durch freie Wahlrechte, selbst wenn dieselben lange nicht ihren Wünschen entsprächen und so weit gingen, wie es ihnen von Rechtswegen zufam.

Und nun zum Schluß noch eine Frage. Ist eine Revolution ein zu rechtfertigender Vorgang? An sich nein, denn er ist naturwidrig, weil das Naturgesetz nach seinem Zusammenhang von Ursache und Wirkung im Fortschreiten aller Dinge kein sprunghaftes Vorwärtsschreiten, sondern eine langsame organische Fortentwicklung erkennen läßt, wie man es am Weltganzen, dem Kosmos, in allen seinen Einzelheiten studieren kann. Das findet natürlich auch Anwendung auf alle allgemein menschlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse. Wenn man nun aber den Revolutionen trotzdem nicht ihre Berechtigung verjagen kann und will, so muß in Betracht gezogen werden, daß für die an sich unnatürlichen Vorgänge auch keine natürliche Basis zwecks gleichmäßiger Weiterentwicklung gegeben war und darum der Teufel nur durch Weelzob ausgetrieben werden konnte. Eine Revolution setzte stets da ein, wie die Geschichte ohne Ausnahme lehrt: wo die gegebenen Verhältnisse unnatürlich waren und diese Unnatürlichkeiten sich bei der Geburt und dem Langmut der Völker fast zu Unertglücklichkeiten zugehigt hatten; niemals kam sie von heute auf morgen. Der überpannte Bogen mußte schließlich reißen, indem die zu Unrecht bestehende Gewalt, noch zu stark, um einem gleichmäßigen Gegenwärt widerstandlos zu weichen, einer anderen zeitgemäheren und berechtigteren Macht auf ungeleglichem Wege Platz machte.

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Alle politischen Kronen, die durch den Sieg der Revolution in Deutschland aus der politischen Entrechtung herausgerissen worden sind, werden gut tun, sich aus den in wenigen Tagen herauskommenden stenographischen Berichten des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter und Soldatenräte Deutschlands über den Verlauf des Kongresses und die dort gefassten wichtigen und grundslegenden Entschlüsse sorgfältig zu unterrichten. Diese Berichte füllen 240 Druckseiten in zweifachpaltigen Großformat aus, und sind für Nachschlagezwecke übersichtlich aufgemacht. Ausführliche Sach-, Redner- und Teilnehmerverzeichnisse, sowie wichtige Anlagen sind beigegeben.

Bestellungen umgehend an die Anschrift „Kongressbüro des Zentralrates, Berlin, Gerickehaus (Zimmer 23)“ einfinden. Verkaufspreis M. 5.—. Bei nichtvorbezüglicher Einfindung des Betrages erfolgt die Verjendung durch Nachnahme.

Trümmern will Frieden von den d... über alle d... einig, einig... Es lebe... (Beifall...)

Die so... langnahme... sozialdem... en vorläu... en und fü... und bittet... Verfassung... ung neig... fratische P... ramm un... alten Ford... arbeit im... darauf, fest... furter J... fassung nu...

des Wirk... der sozial... und Mittel... und Zind... Wissenscho... also im J... Volkes, geg... des Groß... Die Josia... die unbedin...

auf politis... tetigen Wa... forrige Mu... rung der... all; die... ege Mo... Wiederauf... zur Durch... besondere a... des Schu... namentlich... sohwirtschaft... der Wa... Stromkanal... schließender... geschlossen...

und der m... freudig all... Volksteile... den Willen... sammensu... deutlich bef... alle die vor... sierung erfi... sein sollen...

Fortschritt... sichern (Pro... worten; Pes... Unkultur in... auszuüben... Staats un... scheltung je... machte im 6... gut.) 6. Z... zusammen... er mitarbe... mit es zum... Volkes fuh... tralen.)

Abg. B... Regierung... Ante hier... unter schme... geführt. Sie... antwortlich... hem, was d... andere Zust... kommen we... den Arbeiter... len. (Beifall... Dynastie im... einbeil auf... der Dem. J... der Rüdfrü... soll. (Schö... lung die Gr... Beifall bei...)

Abg. W... zangener... erkennung... ben. Der... was geschä... anderen... müssen, wie... stimmen zu... bis die neu... Abg. B... teute Kopfen...

Erinnern jagen: Trotz alledem! Das Badische Volk will Frieden, Freiheit und Brot! (Bravo!) Noch ist keines von den dreien gesichert. (Sehr richtig!) Wir werden sie aber alle drei erringen, wenn wir vor allem eines sind: Einig, einig, einig!

Es lebe die junge Republik, der soziale demokratische Volksstaat Baden!

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Unser erstes Wort gilt unseren tapferen Heldinnen, die wir warmen Herzens begrüßen. Den Toten wahren wir ein ewiges Andenken. Zu den v'eien großen Fragen Stellung zu nehmen, bietet sich später hinreichend Gelegenheit. Die Zentrumsfraktion hält für die wichtigste Aufgabe, dem badischen Staat eine Verfassung zu geben. Bis diese geschaffen ist, bitten wir die heutige Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Sie trägt sich nunmehr auf die Autorität der Nationalversammlung und ist nur dieser verantwortlich. Daß die Arbeiten segensreich seien, das wolle Gott. (Beifall beim Zentr.)

Abg. Dr. Dieß (Soz.): Die sozialdemokratische Partei hat ihre zunaehmste Zielangabe in folgenden sechs Sähen zusammengestellt: 1. Die sozialdemokratische Partei dankt den Mitgliedern der bisherigen vorläufigen Volksregierung für ihr opferwilliges Eintreten und für ihre bisherige Tätigkeit im Interesse des Landes und bittet sie, solange weiter im Amte zu bleiben, bis die neue Verfassung beschlossen ist und auf Grund derselben die Regierung neugebildet werden kann. (Beifall.) 2. Die sozialdemokratische Partei billigt das von der Regierung vorgelegte Programm und begrüßt insbesondere die endliche Erfüllung der alten Forderung des Frauenwahlrechts und der Frauenarbeit im öffentlichen Leben; sie legt aber entschieden Wert darauf, festzustellen, daß sie gemäß der Grundzüge ihres Erfurter Programms in der Demokratisierung der Staatsverfassung nur ein Mittel sieht, um für

die Sozialisierung des Wirtschaftslebens die Wege zu bahnen (Sehr laut!) und der sozialen Gerechtigkeit im Interesse der wirtschaftlich Kleinen und Mittleren in Landwirtschaft und Arbeiterlohn, Handel und Industrie, in den freien Berufen, in den Künsten und Wissenschaften, in der Beamtenwelt und dem Soldatenstande, also im Interesse der weitaus überwiegenden Masse unseres Volkes, gegenüber den Interessen des Großgrundbesitzes und des Großkapitalismus zum Segen zu verhelfen. (Beifall.) 3. Die sozialdemokratische Partei verlangt demgemäß vor allem die unbedingte Erhaltung und Sicherung der Erwerbschaften der Revolution

auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, in erster Linie des jetzigen Wahlrechts und des Aktivistentums (Beifall); die sofortige Ausbarmachung des Großgrundbesitzes für die Förderung der kleinen und mittleren Landwirtschaft (Beifall); die Reform des Beamten- und Militärrechts, großzügige Maßnahmen zum Abbau der Kriegswirtschaft und zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschafts- und Verkehrswezens, zur Durchführung einer weitgehenden sozialen Fürsorge, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Schutzes der Arbeitslosen; für die letzteren namentlich durch die abschließende Inangriffnahme der großen, volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Arbeiten des Aufbaus der Wasserkraft, der Elektrizitätsversorgung, der Stromkanalisation. 4. Die sozialdemokratische Partei steht festhaltenverfündlich unerwärtlich auf dem Boden der geschlossenen Einheit des deutschen Volkes unter Wahrung der bundesstaatlichen Stellung

und der militärischen Hoheitsrechte Badens, und sie begrüßt freudig alle Schritte zum Anschluß abgetrennter deutscher Volksteile, insbesondere der Deutschen Ostereiche, soweit diese den Willen haben, sich mit dem übrigen deutschen Volke zu zusammenschließen. 5. Endlich, aber dafür ganz besonders deutlich bekennt die sozialdemokratische Partei sich dazu, daß alle die von ihr im Wege der Demokratisierung und Sozialisierung erstrebten materiellen Verbesserungen nur Mittel sein sollen, um den

geistigen, sittlichen und kulturellen Fortschritt des ganzen Volkes immer mehr zu fördern und zu sichern (Bravo!). Mittel, um nicht nur materielle Armut und materiellen Elend, sondern auch Verwilderung, Korrumpion und Analfabur in jeder Form immer mehr zurückzudrängen und auszulöschen und damit die Grundlagen zu schaffen für eine Staats- und Wirtschaftsordnung, in der unter absoluter Ausschaltung jeden Glaubens- und Gewissenszwanges alle Kulturkräfte im legendreichen Wettkampf sich entfalten können. (Sehr gut.) 6. In diesem Sinne wird die sozialdemokratische Partei zusammen mit der Regierung und den anderen Parteien weiter mitarbeiten auf diesem 1. verfassunggebenden Landtag, damit es zum Wohlergehen des Vaterlandes und des deutschen Volkes führen möge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. König (Dem. Volksp.): Wir wünschen, daß die heutige Regierung bis zur Beendigung der Nationalversammlung im Amte bleibe. Die Rämmer der Regierung haben ihr Amt unter schwierigen Umständen übernommen und es mit Hingebung geführt. Sie sind nunmehr allein der Nationalversammlung verantwortlich. Dagegen aber gebührt Dank den Beamten viel von dem, was der Präsident ausführte, findet unseren Beifall und unsere Zustimmung; anderes jedoch nicht, worauf wir zurückkommen werden. In dem demokratischen Staate gibt es neben den Arbeitern auch Bürger, deren Rechte wir gewahrt wissen wollen. (Beifall bei der Dem. Volksp.) Die Worte für die frühere Dynastie finden unsere Zustimmung, ebenso wie wir die Reichseinheit auf bundesstaatlicher Grundlage wünschen. (Beifall bei der Dem. Volksp.) Die Verwirklichung unseres alten Traumes der Rückführung der Deutschösterreicher findet unser Aller Beifall. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Möge die Nationalversammlung die Grundlage zum neuen geordneten Staate Baden geben. (Beifall bei der Dem. Volksp.)

Abg. Mayer-Karlsruhe (Deutschnational): Auch dem v'erzungen deutschen Staatswesen gebührt ein Wort der Anerkennung. Möge viel von dem alten Geiste übrig bleiben. Der Großherzog und seine Familie haben nicht verdient, was geschah und es hätten Vorkehrungen dagegen getroffen werden müssen. Manches der Regierungserklärung billigen wir nicht; anderes, wie die Worte über Recht und Ordnung billigen wir. Wir stimmen zu, daß die heutige Regierung die Geschäfte weiterführt bis die neue Verfassung geschaffen ist.

Abg. Frau Weber (Demokr.): Tausende von Frauen schauen heute Kopfen den Herzens auf die Sitzung, die durch den Eintritt

der Frau in eine gesetzgebende Versammlung eine historische wurde. Tausende von Frauen befaßten sich mit der Politik, so daß wir nicht ganz ungeeignet ins Haus einziehen. Neben den allgemeinen Fragen und den uns zunächst liegenden Fragen unseres Geschlechts gilt unsere Arbeit dem gesamten Staatswohle. (Beifall.)

Abg. Frau Siebert (Ztr.): Das Ziel unserer sozialen Wünsche ist der feste Wille, Mütterarbeit und Schwelgerarbeit hinauszutragen ins Gemeinschaftsleben zum Wohle Aller. (Beifall.)

Abg. Frau Blase (Soz.): Im Namen unserer Partei gebe ich das Bekenntnis ab, daß wir arbeitenden Frauen seit Jahren verlangt haben, was jetzt zur Wirklichkeit wurde. Unsere Partei kämpfte 40 Jahre lang für das Frauenwahlrecht, bis wir endlich Mitberaterinnen dieses Hauses wurden. Als Frauen wollen wir mitarbeiten und mitteilen. Wir Frauen des arbeitenden Volkes wollen in gemeinsamer Arbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen alles tun, um das Wohl unseres Landes zu fördern. (Beifall.)

Ministerpräsident Geiß: Im Namen der vorläufigen Regierung danke ich für das der Regierung entgegengebrachte Vertrauen und teile namens der Regierung mit, daß wir die Regierungsgeschäfte weiter führen werden.

Minister des Innern Dr. Haas: Im Namen der Regierung lege ich hierdurch die Entwürfe der badischen Verfassung vor und zwar den Entwurf Glöckner-Beißels-Zehner, den Entwurf Dr. Dieß und den Entwurf der Siebenerkommission der Arbeiter- und Soldatenräte; ferner geben Entwürfe über die Abänderung des badischen Verwaltungsgesetzes und der Gemeindeordnung. Dr. Dieß arbeitet für sich einen allgemeinen Entwurf aus, die anderen stellen einen gemeinsamen Entwurf vor. Die Volksregierung stellt sich auf den Entwurf des Abg. Dr. Dieß. Der Entwurf der Regierung geht davon aus, daß der Reichsgebirgscharakter des Reiches erbliden wir heute wie in guten Zeiten die Quelle unserer Macht. Die badisch-Preussische Militärentention, die ein Unglück für uns war (Beifall), betrachten wir als erledigt. Wir wollen ein eigenes badisches Volksherr. Die badische Verfassung legt

die republikanische Verfassung als Staatsform für Baden fest. Ohne Groll und ohne Jörn vollzog sich in Baden die Auseinanderziehung mit der Monarchie. Die Verfassung ist streng demokratisch; das Volk verlangt sein volles Recht hierfür. Zur Schaffung des Nationalorgans, das wir mehr wie je brauchen, haben wir die Demokratie nötig. Wichtiger als die äußere Form ist jedoch der Geist.

Demokratie besteht nicht nur aus gleichen Rechten, sondern hat man sich auch der Pflichten erinnert. (Sehr gut!) Demokratie verlangt, daß kein Interesse gemacht werde zwischen Rang und Stand. In diesem Sinne verlangen wir auch die Erziehung der Kinder. Deshalb schämen wir uns, von anderen Gebirgen ganz abgesehen, das Wahlrecht der Frau, in deren Band die Kindererziehung liegt. Im Geiste war Baden immer demokratisch. Schwere Zeiten stehen uns bevor, unendlich schwere Zeiten. Möge es uns gelingen, trotzdem eine neue, gute Zukunft zu schaffen. (Beifall.)

Nach einigen Bemerkungen zur Geschäftsordnung verlas er das Haus. Der Präsident wird den Zeitpunkt der nächsten Sitzung bekannt geben.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Die Zusammenfassung der Kommissionen der Nationalversammlung.

Dem Verfassungsausschuß gehören von der sozialdemokratischen Partei an: Abg. Dr. Dieß (als Vorsitzender), Mayer-Geiselsberg, Kemmel, Dr. Kraus, Weismann, Strobel und Frau Neuenhaid. Vom Zentrum: Die Abg. Dr. Vornauer, Wölter, Kayf, Dr. Schöfer, Weishaupt, Wittenmann, Dr. Rehrer, Riegelmeier-Oberrath; von der demokratischen Partei: Dr. Goltsein, Goldermann, Dr. Glöckner, König und Mutter; von der deutsch-nat. Volkspartei: Th. Meyer-Karlsruhe.

Dem Geschäftsordnungsausschuß gehören an: Vom Zentrum: Die Abg. Wittenmann (Vorsitzender), Matz (Schriftf.), Fel. Otto, Straub und Rödel; von der Sozialdemokraten: Eugen Geß (stellv. Vors.), Portier, Hamann, Kohn und Kausch; von der demokr. Partei: Dr. Glöckner, Kohn und Heberich und von der deutsch-nat. Volkspartei: Schöpfle.

Der Wahlprüfungsausschuß setzt sich zusammen: Strobel und König von der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Glöckner (Vors.), König und Heberich von der Demokr. Partei und Krel von der deutsch-nat. Volkspartei, sowie Wittenmann und Seubert vom Zentrum.

Die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung hat zu ihrem Vorsitzenden den Geh. Oberkammerat Mayer und zum stellv. Vorsitzenden G. Habermehl gewählt.

Deutsches Reich.

Das vorläufige Steuerprogramm.

Als dem vorläufigen Steuerprogramm der Reichsregierung werden nunmehr im Reichsanzeiger zwei Gesetzesentwürfe veröffentlicht. Der 1. betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Es handelt sich hierbei, von einigen Abänderungen abgesehen, um eine Wiederholung der Kriegsabgabe, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung gelangte.

Die Höhe der Kriegsabgabe, die nur von dem den Betrag von 3000 Ml. übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben wird, beträgt: Für die ersten angefangenen oder vollen 10000 Ml. des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10%, für die nächsten 10000 Ml. 15%, für die weiteren 10000 Ml. 20%, für die nächsten angefangenen oder vollen 20000 Ml. 30%, für die nächsten 50000 Ml. 40%, für die nächsten 100000 Ml. 50%, für die nächsten 100000 Ml. 60%, für die nächsten 200000 Ml. 80% und für die weiteren Beträge 100% des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses. Es sollen also nach diesem Abgabesatz jeder über 50000 Ml. hinausgehende abgabepflichtige Vermögenszuwachs voll fortbesteuert werden und es kann somit niemand nach Erfüllung der Abgabepflicht von dem abgabepflichtigen Vermögenszuwachs mehr als 100500 Ml. zurückbehalten.

Die Besteuerung ist nicht so aufzufassen, daß die, welche aus Heeresleistungen und zu weiterer Nutzen gezogen haben, bestraft werden sollen, das Ziel ist vielmehr — besonders nach dem ungünstigen Ausgang des Krieges, der weiten Kreisen der Bevölkerung große Verluste gebracht hat —, die Gewinne, die aus dem Kriege oder während des Krieges erzielt worden sind, der Allgemeinheit zuzuführen. Die Ersparnisse und die Früchte der Arbeit werden aber zu einem gewissen Grade gesahrt, indem der ganz kleine Vermögenszuwachs bis 3000 Ml. unbesteuert bleibt und die Abgabepflicht nur nach und nach, wenn auch schließlich sehr steil, aufsteigt. Für die Allgemeinheit wird diese hohe Abgabe von Ver-

mögenszuwachs — abgesehen davon, daß sie die Finanzkraft des Reiches stärkt — einen besonderen Vorteil haben; denn die Abgabe vermindert gleichsam die zusätzliche Kaufkraft und ist damit ein erster Schritt auf dem Wege zur Verbilligung der Lebenshaltung. Die Entwürfe werden den gesetzgebenden Körperschaften zur endgültigen Erledigung unterbreitet werden.

Deutsche Nationalwahlen.

Die „bauernfeindliche“ Sozialdemokratie.

In Versammlungen der Zentrumsparlei, in der gemäßigten Presse und von der Kanzel herab kann man sehr oft den Vorwurf hören, die Sozialdemokratie ist bauernfeindlich. Wie aber verhält es sich mit dieser angeblichen Bauernfeindlichkeit in Wahrheit. In Wirklichkeit steht die Sache so, daß sich die Sozialdemokratie stets für unsere Landwirte und Bauern ins Zeug gelegt und ihre Vorteile und Wohlfahrt im Auge gehabt hat. Der Kampf der sozialdemokratischen Partei, der tatsächlich zum allgemeinen Wohl geführt wurde, er galt den Großgrundbesitzern, Fideikommissinhabern und den norddeutschen Krautjunkern. Die wachsende kapitalistische Ausbeutung der Landwirtschaft wurde von der Sozialdemokratie von jeder genau so stark bekämpft wie die Unterdrückung der Lohnarbeiter. Der Sozialismus ist der Bundesgenosse der Bauern, die oft zu Zinsnecken und Vermaltern des alleinherrschenden Kapitals herabstanken, gegen die gemeinsamen Unterdrücker. Die Partei nahm unsere Bauern dem Staate gegenüber in Schutz als Schuldner und Steuerzahler, als Forst- und Beiderechtigte und als Erzeuger der zur Volksernährung nötigen Bodenprodukte. In den Parlamenten trat die Sozialdemokratie stets ein für alle Ausgaben für Zwecke der Landeskultur, für Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsart, für Förderung der Viehzucht, für Hebung des ländlichen Bildungswesens und für den Ausbau landwirtschaftlicher Genossenschaften. Die Sozialdemokratie forderte, daß der Staat seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen stets bei den Bauern selbst decke unter Ausrichtung des verteuerten und allen Gewinn einstießenden Zwischenhandels. Für gleichgerichtete Maßnahmen und Bewilligung der notwendigen Mittel zugunsten der Bauernschaft hat sich die Sozialdemokratie stets eingesetzt. Sie sah in den Bauern schwer arbeitende Menschen, gegen die die sozialistische Partei soziale Pflichten zu erfüllen habe! Eine ihrer Forderungen zugunsten der Bauernschaft war die Verstaatlichung der Feuer- und Hagelversicherung und die Erhöhung der Entschädigungssummen. Von der staatlichen Forstverwaltung wurde verlangt: eine zweifache Waldwirtschaft in den Privat- und Gemeindegütern durch Abgabe billiger Waldpflanzen, durch Beihilfe zur Aufstellung von Bewirtschaftungsplänen, durch Ueberlassung von Kulturarbeiten. Stets wiesen unsere Abgeordneten auf die Schäden der gemerkschaftlichen Güterzerstörung, auf die treibhausmäßige Züchtung des Fideikommisswesens hin.

Aber damit ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie für die Erhaltung und Kräftigung unseres Mittel- und Kleinbauernstandes bei weitem noch nicht aufgezählt. Der soziale demokratische Kampf gegen den Militarismus wurde hauptsächlich auch im Interesse unserer meist kinderreichen Bauernfamilien geführt, die durch oft jahrelange Heranzüchtung ihrer Söhne und Brüder zum Militärdienst schwer geschädigt wurden. Die sozialdemokratischen Anklagen gegen diese „Blutsteuer“ des Volkes, gegen die schändlichen gemeinen Soldatenmishandlungen wurden nicht zuletzt im Interesse unserer Landwirte erhoben.

Jeber ehrlich und vernünftig denkende Mann muß nach Aufzählung dieser Tatsachen, die sich noch leicht vermehren ließen, zugeben, daß die Sozialdemokratie nicht bauernfeindlich, sondern im Gegenteil die wirklich zielstrebende Vertreterin unserer Landwirtschaft und Kleinbauern, der schaffenden Bevölkerung in Stadt und Land ist.

Quittung für den Wahlfond der Sozialdemokratischen Partei.

Für den Wahlfond des 3. Kreises zu den bad. Nationalwahlen gingen weiter ein: Letzte Quittung 8654,34 M.; Liste Nr. 486: 17,50 M.; Nr. 506: 26 M.; Frau K. R.: 10 M.; Liste Nr. 593: 16 M.; Nr. 667: 6 M.; Karterautomat: 20 M.; Langensteinbach, Telleranmeldung: 4,16 M.; Wolfartsweier, Telleranmeldung: 17 M.; Liste Nr. 158: 39 M.; Nr. 915: 14,90 M.; Nr. 916: 16,50 M.; Nr. 917: 26,80 M.; Nr. 918: 36 M.; Nr. 919: 51 M.; Nr. 920: 25,30 M.; zusammen 8983,5088,50 M.

Weitere freiwillige Beiträge nehmen entgegen die Vertrauensleute der Partei, Expedition und Redaktion des „Volksherr“, sowie der Parteisekretär A. A. A. A., Wilhelmstraße 47. Telefon 2300.

Langensteinbach, 14. Jan. Letzten Sonntag fand hier eine Wählerversammlung der demokratischen Partei statt, die sich zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen uns und den Demokraten gestaltete. Die Demokraten geben sich hier alle Mühe, in die Höhe zu kommen und Stimmen zu gewinnen. Am Sonntag wurde eine Rednerin und ein Hauptlehrer Bauer aus Karlsruhe auf die Wählerchaft losgelassen. Die Rednerin hatte eine laubere aufgeschriebene Rede bei sich, die sie herunterlas; Eindruck machte sie damit jedoch keinen. Herr Bauer entwickelte das Programm der demokratischen Partei, dann beschäftigte er sich mit den verschiedenen Parteien, deren Sündenregister während des Krieges er herunterjagte, das größte Sündenregister verwarf er jedoch, nämlich das seiner eigenen Partei; vielleicht hätte die Zeit auch nicht ausgereicht, um alle die Sünden der Liberal-Demokraten in einer Versammlung aufzuzählen. Aber einen Spiegel bekamen die Herren doch vorgehalten, und zwar von unserem Gen. Kurz-Gröbinger, der als Diskussionsredner den Demokraten das sagte, was sie zu sagen vergessen hatten und dann in trefflicher Weise der Versammlung das Programm der Sozialdemokratie darlegte. Der Beifall bewies am deutlichsten, auf welcher Seite die Anwesenden standen. Herr Bauer und seine Begleiterin verließen zwar die Ausführungen des Gen. Kurz zu widerlegen, aber es war vergebliches Bemühen, die Siege sahen zu sein. Herr Bauer begab sich sogar noch zum Schluß aufs militärische Gebiet, um auch hier einen gründlichen Hereinfall zu erleben, denn die anwesenden Kriegsteilnehmer gaben ihm durch ihre Zwischenrufe kund, daß er auch hier sich wieder auf dem Holzwege befand. Das Fahrgehl nach hier war also von den Demokraten vergeblich ausgegeben, die Rückerstattung erfolgt nächsten Sonntag mit dem Stimmzettel.

2. Wahlkreis.

Offenburg, 14. Jan. Die öffentliche Volksversammlung, die am Sonntag im „Dreifönigsaale“ stattfand, erfreute sich eines überaus zahlreichen Besuches. Gen. Oskar Geß-Ramheim entwickelte in 1½stündigem Vortrage das Programm der Sozialdemokratie zur deutschen Nationalwahl. Seine in Form und Inhalt äußerst lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Es ist zu erwarten, daß unsere Partei am nächsten Sonntag eine noch größere Stimmengahl erreichen dürfte als bei den badischen Wahlen. Diskussion fand keine statt. Gen. Winter forderte in eindringlichen Worten zum Weitritt zur Organisation und zum Annehmen auf die Parteipresse auf. Eine Anzahl Parteigenossen tam dieser Aufforderung nach und täglich laufen sowohl Bestellungen auf die Parteipresse als Aufnahmen in die Partei ein. Es ist zu hoffen, daß Offenburg in absehbarer Zeit wieder in den guten Ruf als Parteioert kommen wird, den er in früheren Jahren bereits besaß.

Aus der Partei.

Kielingen, 16. Jan. Freitag Abend halb 8 Uhr findet in „Sied“ eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Verkehrsminister Müller über die Bedeutung der Nationalwahlen sprechen wird. Die gesamte Einwohnerschaft, männliche und weibliche Wahlberechtigte, ist zu dieser Versammlung eingeladen. Die Genossen mögen für einen guten Besuch besorgt sein. Es findet freie Ansprache statt.

Ettlingen, 15. Jan. Sozialdem. Verein. Die Parteigenossen und -genossinnen, sowie die Volkstreueleser und Freunde unserer Sache sind zu einer Zusammenkunft am Freitag abend punkt 8 Uhr bei Mitglied Jöhle eingeladen. Die letzten Vorbereitungen der Wahl müssen getroffen werden. Parteigenossen und -genossinnen, seid auch bei dem Entscheidungskampf auf dem Posten, und stellt euch restlos in den Dienst unserer freiheitlichen Sache. Die Parole muß lauten: „Deran zur Mitarbeit! Auf zur Versammlung!“

Kastatt, 16. Jan. Sozialdem. Partei. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute Abend punkt 8 Uhr eine sehr wichtige Parteiversammlung im Lokal zum Nappes stattfindet. Wir haben unmittelbar vor der letzten Entscheidung, es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, in die Versammlung zu kommen. Ferner werden die Genossen und Genossinnen und die Leser der Parteipresse auf die morgen Abend im Lindenale stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. (Siehe auch Anstr.) Genosse Trinius aus Karlsruhe wird nochmals ein letztes Wort an die Wähler und Wählerinnen richten. — Parteigenossen und Genossinnen sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung. Es gilt, die Erregungsschwelle vom 5. Januar hoch zu halten und noch zu vermehren. Drum noch einmal, tue jeder seine Pflicht.

Eine Vereinbarung zwischen den beiden sozialistischen Parteien in Mannheim.

18. Mannheim, 15. Jan. Die Ereignisse der letzten Zeit liegen es dem Volksgesundheitsrat des Arbeiterrats Mannheim als wünschenswert erscheinen, einmal die Stellungnahme der in ihm vertretenen beiden sozialistischen Parteien zu präzisieren, um durch eine schriftlich festgelegte Vereinbarung den geeigneten Boden für eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit zu schaffen. Die diesbezüglichen Besprechungen führten zu einem allseitig anerkannten prinzipiellen Einverständnis, das seinen Niederschlag in einer von allen Mitgliedern des Volksgesundheitsrates unterzeichneten Erklärung fand. Sie stellt u. a. fest, daß die Parteien sich darüber einig sind, daß der politische und wirtschaftliche Kampf ein geordneter sein müsse. Sie erklärt sich ausdrücklich gegen jeden Terror, Rache und sämtliche Gewalttaten, sowie gegen jede, die öffentliche Ruhe störende Handlung, insbesondere gegen jedes Unternehmen, das geeignet ist, die Wahlen zu der Deutschen Nationalversammlung, den Zusammentritt und die Arbeit der Badischen und Deutschen Nationalversammlung zu stören, soweit sich diese Arbeit nicht gegen die Erregungsschwelle der Revolution richtet. Gewalt darf nur angewandt werden, wenn die Revolution durch eine Gegenrevolution, von welcher Seite sie auch komme, gefährdet wird, oder wenn es zur Abwehr von gewalttätigen Angriffen erforderlich ist.

Baden.

Offenburg, 14. Jan. Hier fand letzter Tage eine außerordentliche Generalversammlung der badischen Brauerei- und Einkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. statt, die sich über die weitere Lebensfähigkeit der Genossenschaft aussprach. Von einzelnen Mitgliedern wurden Bedenken geäußert, ob die Genossenschaft weiter aufrecht erhalten werden solle; nach einem Vortrag des Verbandesleiters wurde aber beschlossen, die Einkaufsgenossenschaft wie in den letzten zwei Jahren weiter still liegen zu lassen, um im geeigneten Augenblick wieder die alte Geschäftstätigkeit aufnehmen zu können.

Freising, 15. Jan. Zu einem unliebsamen Vorkommnis ist es am letzten Samstag gekommen. Als Generalmajor von Obermar von einem Spaziergang zurückkehrte, wurde er ohne jede Veranlassung von einer Anzahl Infanteristen und Fußartilleristen angefallen und mißhandelt. Wie die „Volksw.“ hierzu berichtet, lag bei dem Vorkommnis eine Verwechslung vor. Die Soldaten glaubten, es handle sich um den Major Stelker, der erst kürzlich mit den 118ern aus dem Felde zurückgeführt ist und durch verschiedene Anordnungen sich unbeliebt gemacht hatte. Aus diesem Grunde veranstalteten etwa 200 Mann der 118er einen Demonstrationsszug unter Vorantragung einer roten Fahne durch verschiedene Straßen der Stadt. Einem Teil der Demonstranten war General Christmas begegnet und wurde von ihnen angegriffen.

Schwetzingen, 14. Jan. Die Arbeiter- und Volkswache im Amtsbezirk Schwetzingen veröffentlichten einen Tätigkeitsbericht dem zu entnehmen ist, daß im Schwetzingen Bezirk innerhalb eines kurzen Zeitraumes 40 Pferde, 15 Vagabundwagen, sieben Automobile, zwei Motorfahräder und andere militärische Gegenstände sowie erhebliche Bestände an Lebensmitteln beschlagnahmt worden sind.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 16. Januar.

Arbeiter-Jugend. Heute abend im städtischen Jugendheim heiterer Lesabend; Vorklesung und Vortrag von heiteren Volksliedern und Gedichten.

Öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen und weiblichen Büroangestellten. Die sozialdemokratische Partei veranstaltet morgen Freitag abend im Saal 8 der Brauerei Schrenps eine öffentliche Versammlung für alle im Handelsgewerbe und auf Büros tätigen weiblichen Angestellten. Gen. Büroassistentin Böding wird über die Nationalwahlen und die weiblichen Angestellten sprechen. Die weiblichen Angestellten sind zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Die Soldatenkost. Man schreibt uns: Wenn gegenwärtig allgemein Stimmen zur schlechten Ernährung laut werden und ein baldige Besserung wünschenswert wäre, dann hauptsächlich auch bei unseren Soldaten in den hiesigen Kasernen. Die Soldaten, die ja nur einen geringen Zuschuß zu ihrer Lösung bekommen, sind daher in keiner beachtenswerten Lage und ist daher ihre Mißstimmung begreiflich. Da aber gegenwärtig für so viele Reformen gekämpft wird, soll hier auf die Frage unjünger Soldaten hingewiesen werden; sie ist auch ein dankbares Gebiet, bei dem unsere ganze Aufmerksamkeit schenken müssen. Vielleicht werden sich die maßgebenden Stellen einmal damit befassen. Auf alle Fälle muß die Lebensmittelüberweisung in die Kasernen eine abwechslungsreichere sein und darf der allgemeinen Lebensmittelverteilung nicht nachstehen.

Vortragszyklus des Vereins Volksbildung. Wie schon in früheren Jahren beantragt hat der Verein Volksbildung von Karlsruhe auch in diesem Jahre eine Reihe von Vortragszyklen, die in der Techn. Hochschule gewöhnlich an den Dienstag-Abenden um 8 Uhr abgehalten werden. Es werden dabei Vorträge gehalten von Dipl.-Ing. Hof. Eisenlohr über die deutsche und feindlichen Flugzeuge, sowie das Flugwesen im Frieden und der Luftverkehr, von Prof. Baum: Die Entwicklungswandlungen in der

Natur, Entwicklung der Erde als Weltkörper, der Pflanzen und Tierwelt, des Menschen, in geologischen Zeiten, von Geheimrat Engler und Kollegen. Ausgewählte Kapitel in der Kriegsgeschichte, von Geheimrat v. Dehler über Albrecht Dürer und seine Zeit. (Näheres siehe Inserat in der gestrigen Nummer.)

Im Colosseum beginnt heute Donnerstag ein vollständig neues Spezialitätenprogramm; die einzeln auftretenden Nummern sind aus der heutigen Anzeige ersichtlich. Eine besondere Anziehungskraft dürfte die Duratomp. mit ihrem zeitgemäßen Scherz „Eine Hamsterfahrt“ ausüben. Die Vorstellungen beginnen pünktlich halb 8 Uhr.

Selbstmord. Eine in der Volkstheater in Stellung gewesene Dienstmagd aus Basel nahm am 7. ds. Mts. in selbstmörderischer Absicht aus unbekannter Ursache Gift und wurde nach dem städt. Krankenhaus verbracht, wo sie am Montag abend starb.

Eine letzte Heerschau

der sozialdemokratischen Partei

findet Samstag, 18. Januar, abends halb 8 Uhr in der

städtischen Festhalle

statt. Es sprechen die Mitglieder der badischen Nationalversammlung Frau A. Fischer und Minister E. Rückerl, Kandidat zur deutschen Nationalversammlung.

Diese Heerschau soll eine eindrucksvolle Kundgebung für die wahre Volkspartei, die Sozialdemokratie werden. Kommt deshalb alle, Männer und Frauen.

NB. Zur Deckung der Unkosten wird von den Versammlungsbesuchern ein Eintrittsgeld von 20 Pfg. erhoben. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben: in der Expedition des „Volksfreund“, auf dem Parteisekretariat (Ecke Luitzen- und Wilhelmstraße), in der Rigarenhandlung Fritz Köpfer, in den Wirtschaften „Georg Friedrich“, „Kronensfels“, „Auerhahn“, „Brenz Ludwig“, „Deutsche Eiche“, „Schaukelberg“, „Goldene Krone“, „Palme“, „Dragoner“ und im „Sied“ in Mühlburg.

Die Lage in Berlin.

* Gestern ist zum ersten Male seit mehreren Tagen der „Vorwärts“ (vom Montag, 13. Jan.) bei uns eingetroffen. Er gibt das Ende der Spartakusbewegung in Berlin bekannt und schildert Einzelheiten über die Betretung der Berliner Zeitungen aus den Mauern von Spartakus. Die angrenzenden Gebäude der Regierungstruppen haben schreckliche Verwüstungen am „Vorwärts“-Gebäude angerichtet. Herr Eichhorn und seine Leute sind mit Saft und Saft aus der Hörsaal-Brauerei geflüchtet. Ihr gesamtes Material und die Waffen haben sie auf Lastautos und Möbelwagen mit sich geführt. Wogit die letzten Mannen Eichhorns sich ergeben haben, ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt. Eichhorn selbst hat sich vor einigen Tagen einen Reiserag nach Dänemark ausgehakt und den dänischen Sichtermerker eingeholt.

Berlin, 15. Jan. Der Eisenbahnerstreik ist abgewandt worden. Die Redaktionen haben, wie die „Berliner Volkszeitung“ jagt, wieder eine schwere Niederlage erlitten. Die Arbeiter haben sich diesmal nicht einschüchtern lassen, sie haben die Arbeit fast überall wieder aufgenommen.

Wien, 15. Jan. Die über einmütig in verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, gelang es gestern in letzter Abendstunde, Karl Liebknecht in der Wohnung eines seiner Freunde in der Reichsministerstraße zu verhaften. Bald nachdem das Automobil vorzufahren war, wurde auch Rosa Luxemburg in das Edenhotel eingeliefert.

Die Lage im Reich.

Dortmund, 15. Jan. Gestern früh trafen in Buer Regimentsstruppen ein, um die Spartakisten, die sich im Rathaus festgesetzt hatten, zu verhaften. Gegen 8 1/2 Uhr rückten die Truppen vor das Rathaus, in dessen Turm Spartakisten sich verschanzt hatten. Es wurden einige Linde Schüsse abgegeben, worauf die Spartakisten auf die Truppen feuerten. Es entstand eine regelrechte Schlacht mit Gewehr- und Maschinengewehreuer. Schließlich hielten die Spartakisten eine weiße Fahne und ergaben sich. Insgesamt haben die Kämpfe 5 Menschenleben gekostet. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

Stuttgart, 15. Jan. Der Minister des Innern C. F. v. Müller und der Leiter des Kriegswesens, Vizefeldwebel Fischer, sind von ihren Ämtern zurückgetreten. An ihre Stelle sind, laut Staatsanzeiger, durch Entscheidung der provisorischen Regierung Dr. Lindemann zum Minister des Innern und Leutnant der Landwehr II. Professor Emanuel Herrmann zum Minister des Kriegswesens ernannt worden. Rückwärts hat die provisorische Regierung den Hauptvorstand des zentralen Metallarbeiterverbandes Alexander S. A. zum Minister ernannt.

Mühlheim (Nubi), 15. Jan. Gestern mittag 12 Uhr traten sämtliche Arbeiter und Handwerker des rheinisch-westfälischen Wasserwerkes wegen Nichtabwicklung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand. Ein Vermittlungsvorschlag von 14 bis 16 A. seitens des Direktoriums wurde kategorisch abgelehnt. Heute morgen 10 Uhr werden die Mitglieder des hiesigen A- und S-Komitees über die Beilegung des Streiks verhandeln. Durch den Ausstand sind die Bezirke Mühlheim, Duisburg, Oberhausen, Essen-Vorfeld, Sterkrade, Osterfeld, Vortropp, Gladbeck, Kirdorf, Dorsten und ohne Wasser. Auf dem Becken und hiesigen Industrieanlagen macht sich diese Katastrophe allmählich bemerkbar.

Letzte Nachrichten.

Die Verhandlungen in Trier.

Trier, 15. Jan. (Erlaubtmeldung.) Die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages wurden heute vor mittag in Trier im Salonwagen des Reichskanzlers durch eine Anrede des Vorsitzenden der beiden Waffenstillstandskommissionen eröffnet. Der Vorsitzende der deutschen Kommission, Staatssekretär Erzberger legte der Entente drei Fragen vor: Die erste lautet: Wann werden Sie die Blockade aufheben? Die Ernährung Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag, vom Stande der Ernährung wird es zum großen Teil abhängen, wie die innerpolitische Lage Deutschlands sich gestaltet. Das deutsche Volk hat es ertragen, waffenlos zu werden, aber es würde es nicht ertragen, hungerlos zu werden. Der Hunger würde feindliche Zustände hervorrufen, deren Folgen auch die Alliierten nicht wünschen können. Ich warne Sie. Auch Ihre Wähler sind nicht gefeit gegen die Weltrevolution. Die zweite Frage ist: Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Rückführung der Durchführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Präliminarfrieden erfolgen. So führt die Frage der Kriegsgefangenen zur dritten und letzten Frage, die ich an die Entente zu richten habe: Wann werden wir in der Lage sein, einen Präliminarfrieden zu schließen? Mehr als je bisher hat die deutsche Regierung versucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens anzuknüpfen. Es ist keine Antwort erfolgt. Der Wunsch des Siegers stellt sich das Recht der deutschen Völker gegenüber auf Recht und Fortentwicklung. Dieses Recht ist heilig und unantastbar.

Die Arbeiterforderungen zum Friedensvertrag.

W. Bern, 15. Jan. Nach dem „Temps“ überreichte eine Deputation der Arbeiter-Gewerkschaften unter Führung von Jouhaux und Merheim Clemenceau das Programm der Arbeiterforderungen bei den Friedensverhandlungen aufzunehmenden Arbeiterkloster. Clemenceau erklärte, sich nicht binden zu können, er sei aber gewillt, zur Diskussion und zur Lösung der Arbeiterkloster des Friedensvertrages die interessierenden Schichten heranzuziehen, besonders zur Besprechung des Achtstundentags und zur Gründung eines nationalen wirtschaftlichen Rates. Clemenceau stellte die weiteren eine baldige Reform in der Invalidenfürsorge und in der Verbesserung der Arbeitslosigkeit, sowie anderes in Aussicht.

W. Bern, 14. Jan. Der sozialdemokratische Seinerverband hielt es für angebracht, gegen die nach seiner Ansicht zu langsam fortschreitende Demobilisierung der Truppen in einer großen Versammlung in Paris zu protestieren. Eigentümlicherweise dürfen die Zeitungen nur kurze Berichte bringen, in denen die meisten Einzelheiten von der Zensur gestrichen sind. Bekannt ist jedoch, daß die Rede des Deputierten Raval mit Zurufen unterbrochen wurde, wie „Es lebe die deutsche Republik!“ „Es lebe die Internationale!“ „Es lebe das Ausland, der Sowjet!“

Strassenbahnaustritt.

W. Frankfurt a. M., 15. Jan. Die hiesigen Strassenbahngesellschaften traten heute in den Ausstand. Der gesamte Betrieb ruht.

Die Provinz Bozen.

W. Berlin, 16. Jan. Der oberste Volksrat hat der Regierung mitgeteilt, daß er zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit die Leitung der Verwaltung in der Provinz Bozen übernommen und die kommissarische Führung des Amtes des Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten dem Rechtsanwalt Trapeczynski übertragen habe.

Wie der Weltkrieg gemaht wurde.

W. Wien, 15. Jan. Staatssekretär Dr. Bauer erklärte gestern in einer von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung, wie die lokale Korrespondenz berichtet, daß das Ultimatum an Serbien sechs Mal neu entworfen worden sei, bis es das siebte Mal jenen Text erhielt, von dem man annehmen mußte, daß die Serben ihn nicht annehmen können. Es dürfte nie wieder geschehen, daß vier Herren, wie seinerzeit Verhuld, Stürgöf, Tisa und Konrad, einen Krieg anzetteln könnten, es dürfte im Staate keine Gewalt mehr geben, die nicht vom Volke einseitig und dem Volke nicht verantwortl. sei. Darum müßten die Wähler die Republik sichern und die Rückkehr zur Monarchie unmöglich machen.

Briefkasten der Redaktion.

W. 2., hier. Wegen des einen Postens fragen Sie auf dem hiesigen Arbeitsnachweis nach, wegen des andern beim Bezirksamt.

Wasserstand des Rheins.

Schiffersinsel 1.78 m, gefallen 2, Nebl 2.76 m, gefallen 6, Maxau 4.67 m, gefallen 9, Mannheim 4.04 m, gefallen 9.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. 14. Jan.: Wilh. Gäßler von Leutchnenreut, Maler hier, mit Emilie Rudolf von Mannheim. Paul Gassler von hier, Architekt hier, mit Max. Wittmann von hier. Simon Ehrenbogen von Deger, Sebmacher hier, mit Anna Adler von hier. Engelbert Heuser von Mädeln, Gutbesitzer hier, mit Elisabeth Gäß von Remdorf. Lorenz Blümele von Schenke, Oekonomierhalter hier, mit Luise Schollmüller von hier. Gestorben. 14. Jan.: Karl Riß von Lindenheim, Priester alda, mit Emilie Reutter von Schönmünz. Albert Baumann von hier, Kaufmann hier, mit Antonie Gäß von hier. Theodor Zweder von Bückheim, Warmbadleiter hier, mit Elise Deibel geb. Joller von Rastatt.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Habel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luitzenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Dursach. (Sängerbund Vornaria.) Heute abend punkt 8 Uhr Singstunde im Lokal zum Gamm. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. 557 Der Vorstand. Ettlingen. (Sozialdem. Verein.) Am Freitag, abends punkt 8 Uhr Singstunde im Lokal zum Gamm. Vollzähliges ist. In Anbetracht der noch zu erledigenden Wahlarbeit ist es Ehrenpflicht aller Parteigenossen und Genossinnen zu erscheinen. Es ist noch Wahlarbeit zu erledigen und daher jeder an seinem Platze notwendig. 558 Der Vorstand.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung betr.

Gemäß § 28 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1353) werden sämtliche vom Wahlausschuß zugelassenen Wahlvorschläge in der Form, in der sie zugelassen worden sind, nachstehend bekanntgegeben:

I. Deutsche Demokratische Partei.

1. Dietrich, Hermann, Oberbürgermeister in Konstanz, s. Zt. Richter des Auswärtigen, Karlsruhe.
2. Dr. Gaas, Ludwig, Rechtsanwalt, s. Zt. Minister des Innern, Karlsruhe.
3. Engelhard, Emil, Stadtrat und Handelskammerpräsident, Mannheim.
4. v. Schulze-Gävernitz, Gerhard, Professor der Nationalökonomie, Freiburg i. B.
5. Leifer, Gottfried, Landwirt und Ratsschreiber, Sindelsheim (Amt Adelsheim).
6. Dehnen, Gustav, Verbandsbeamter des Deutschen Werkmeisterverbandes, Lahr.
7. Kromer, Frau Emma, Mannheim, Vorsitzende des Hausfrauenbundes.
8. Zude, Emil, Bijouteriefabrikant, Pforzheim.
9. Zimmermann, Heinrich, Landwirt, Wiesloch (Römerhof).
10. Dr. Gugelmeier, Edwin, Bürgermeister, Lörrach.
11. Ben, Alfred, jung, Schuhmachermeister, Freiburg i. B.
12. Holzwarth, Karl, Elektromonteur, Mannheim.
13. Dr. Koblund, Johanna, Rechtspraktikantin, Freiburg i. B.
14. Schüller, Ignaz, Malermeister, Triberg.

II. Deutsch-nationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).

1. Düringer, Dr., Adalbert, Minister a. D., Karlsruhe.
2. Rupp, Johannes, Landwirt und Bürgermeister, Meichen.
3. Panzer, Dr., Albert, Rechtsanwalt, Mannheim.
4. Steinmann, August, Landwirt, Hengeln.
5. Reuter, Karl, Kabinettmeister, Pforzheim.
6. v. Marschall, Freifrau, Marie, Neuenhausen.
7. Glöckner, Hermann, Kaufmann und Stadtrat, Freiburg i. B.
8. Herrmann, Adolf, Forster, Wilferdingen.
9. Benber, Heinrich, Hauptlehrer, Donaueschingen.
10. Gerle, Georg, Landwirt und Bürgermeister, Sachsenflur.
11. Spig, Dr., Erich, Direktor der Frauenklinik, Freiburg i. B.
12. Ripp, Jakob, Maler, Karlsruhe.
13. Stuber, Leopold, Oberretter, Karlsruhe.
14. Riess, Paul, Tapezier und Dekorateur, Pforzheim.

III. Badische Zentrumspartei.

1. Lehrenbach, Constantin, Rechtsanwalt und Stadtrat, Freiburg i. B.
2. Dr. Zehner, Johann, Oberlandesgerichtspräsident, Karlsruhe.
3. Erlins, Joseph, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe.
4. Dr. Wirth, Joseph, Professor in Freiburg i. B., s. Zt. Finanzminister, Karlsruhe.
5. Diez, Carl, Landwirt, Raddolfzell.
6. Philipp, Frau Maria, Pforzheim.
7. Gennemann, Eduard, Malermeister und Stadtrat, Präsident der Handwerkskammer Karlsruhe, Bruchsal.
8. Gollerbach, Adolf, Prokurist, Mannheim.
9. Leh, Karl, Hofmeister, Furtwangen.
10. Maag, August, Landwirt, Wilsbühl (Amt Tauberbischofsheim).
11. Sier, August, Sägewerksbesitzer, Neustadt i. Schw.
12. Kaiser, Albert, Arbeitersekretär, Lörrach-Zelten.
13. Ruhn, Frau, Johanna, Hauslehrerin und Vorsitzende des kath. Frauenbundes, Zweigverein Mastatt, Mastatt.
14. Maurer, Adolf, Landwirt, Binsfeldenhof, Gemeinde Horheim (Amt Waldshut).

IV. Sozialdemokratische Partei.

1. Geß, Oskar, Redakteur und Stadtverordneter, Mannheim.
2. Trinius, Oskar, Parteisekretär u. Stadtverordneter, Karlsruhe.
3. Häder, Leopold, s. Zt. Verkehrsminister, Karlsruhe.
4. Stad, Christian, Arbeitersekretär und Stadtverordneter, Heidelberg.
5. Niedmüller, Lorenz, Holzarbeiter, Emmendingen.
6. Reinhold, Georg, Metallarbeiter, Singen a. R.
7. Müller, Paul, Schreinermeister u. Stadtrat, Baden-Lichtental.
8. Wals, Theresie, Kupferstempel-Gehefrau, Mannheim.
9. Wöhl, Ernst, Schriftföhrer, Lörrach-Zelten.
10. Müller, Adolf, Geschäftsföhrer und Gemeinderat, Schopfheim.
11. Munding, Joseph, Schlosser, Bretten.
12. Granzl, Wilhelm, Schuhmachermeister, Triberg.
13. Winter, Joseph, Schneidermeister, Offenburg.
14. Dürr, Hans, Gewerkschaftsbeamter, Lahr.

Bei der am 19. Januar 1919 stattfindenden Wahl zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung sind im 33. Wahlkreis (Baden) nur solche Stimmzettel gültig, die mindestens einen Namen aus einem der vorstehenden Wahlvorschläge enthalten. Enthält ein Stimmzettel Namen, die aus mehreren Wahlvorschlägen entnommen sind, so ist er ungültig. Stimmzettel, die nur einen oder einzelne Namen aus einem Wahlvorschlag enthalten, haben für die Wahl die gleiche Geltung wie solche, die den ganzen Wahlvorschlag ungetrennt wiedergeben. Ungültig sind dagegen nach § 42 der Wahlordnung solche Stimmzettel:

1. die nicht in einem amtlich abgetrockneten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerberers ungewisshaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig. Die gültigen Stimmzettel sind ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Nennungen der einzelnen Wahlvorschläge zugurechnen.

Der Wahlausschuß:

- Der Wahlkommissar: (ges.) Pfisterer.
Der Schriftföhrer: (ges.) Dr. v. Bayer.
Die Beisitzer: (ges.) Wahl, Dr. Arnsperger, Hof, Weid.

Bekanntmachung.

Kochkurse für junge Mädchen betr.

Der badische Frauenverein (Abteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im Hause Kriepstraße 122 I eine Kochschule eingerichtet, in der hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 15 Jahren mit geringem Kostenaufwand gute Ausbildung in Koch- und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Uebernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt.

Jährlich werden 3 Kurse von 4 Monaten Dauer, und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben lediglich den Betrag von 60 M für den Kurs in 4 Teilbeträgen von je 15 M als Entgelt für ihr Mittagessen zu entrichten. Für unbemittelte Mädchen, die am Kurse teilnehmen wollen, können auf Ansuchen von der Stadtverwaltung Beiträge aus Wohltätigkeitsmitteln zur Verfügung gestellt werden.

Am 1. März 1919 wird wieder ein solcher Kochkurs eröffnet.

Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden in der Zeit vom 14. bis 27. Januar ds. Mis. beim Sekretariat des Volkshochschulrektors — Gießschule, Krenzfstraße 13, 3. Stod, Zimmer 27 — während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen.

Karlsruhe, den 11. Januar 1919.
Der Stadtrat.

Die Gefahr im Osten.

Zu einer Stunde, wo alles daran arbeitet, das deutsche Reich nach den Leiden und Entschungen eines vierjährigen Krieges, nach den großen Umwälzungen der Revolution einer gesicherten und glücklichen Zukunft entgegenzuführen und den Bestand des Reiches für immer zu sichern, haben sich im Osten neue Feinde erhoben, die diese unsere Arbeit vernichten wollen, die Polen und die russischen Bolschewiken. Den Polen, selbst unfähig einen eigenen Staat zu bilden und zu verwalten, ist durch unsere Arbeit und unser Blut wieder ein eigener Staat geschenkt worden und anstatt dankbar zu sein, erheben sie Anspruch auf deutsches Gebiet, das deutsche Kulturarbeit von einer Wüste zu einem fruchtbaren Lande gemacht hat, erdrücken sie sich, die Nachkommen dieser Kulturarbeit jetzt zu mißhandeln und zu veranlassen, ja selbst mit bewaffneter Macht gegen das Herz des deutschen Reiches vorzugehen.

Die Russen haben den Frieden von Brest-Litowsk schmählich gebrochen und bedrängen die Nachbarn unseres Armees in Rußland auf das Schärffte. Während hier alles die Friedensarbeit aufnimmt, sehen unsere Kameraden im Osten in schmerzlichen Kampfen hinter sich die russischen Bolschewiken, die ihren Terror, ihr wahnfinniges System, das Leben und Weib eines jeden friedlichen Bürgers gefährdet, auch nach Deutschland tragen wollen, vor sich die Polen, die urdeutsches Gebiet vom Reiche losreißen wollen. Sie he tun dringend not.

Zur Abwehr dieser Gefahr ist ein freiwilliger Grenzschutz Ost gebildet worden. Möglichst zahlreiche Meldungen sind dringend erforderlich. Entlassene Soldaten aller Dienstgrade kommt und helf!

Helft euren Kameraden im Osten, daß sie heil das deutsche Vaterland erreichen, helft ihnen deutschen Soldaten in Polen, Schlesien, in West- und Ostpreußen gegen die brutalen Bergewaltigungen und das räuberische Treiben der Polen, schüßt euch und das ganze deutsche Volk vor einem Eindringen des staatsgefährdenden Bolschewismus.

Annahme von Freiwilligen findet bei den Bezirkskommandos außerhalb der neutralen Zone statt: Mosbach, Heidelberg, Bruchsal, Donaueschingen, Offenburg, Freiburg, Stodach.

Zufolge des augenblicklichen Mangels an milit. Bekleidungsstücken, hervorgerufen durch die zahlreichen Ueberlagerungen von Bekleidungsdepots v. muß Gefälligkeit im Entlassungsangzug erfolgen.

Besonders gedankt werden soll an dieser Stelle den zahlreichen Freiwilligen, die sich bereits für den Grenzschutz Ost gemeldet haben. Wenn sie unseren braven Ostlängern geholfen haben werden, wird ihnen deren und des ganzen deutschen Volkes Dank sicher sein.

Generalkommando 14. Armeekorps. 539

Ausgabe von Zivil-Anzügen für entlassene Heeresangehörige

Die beim Bekleidungsamt Göttingen für entlassene Mannschaften zur Einlieferung kommenden Zivilanzüge werden jenseits vom Generalkommando auf die Bezirksammandos und die Ersatztruppenteile verteilt und von diesen ausgegeben.

Ausgabebewilligungen des Generalkommandos auf das Bekleidungsamt Göttingen werden von jetzt ab weder vom Generalkommando, noch von der Intendantur erteilt. Die Entlassenen müssen ihre Ansprüche auf Zivilanzüge bei den Bezirksammandos geltend machen. Bei der Abfindung ist Geduld erforderlich, da die Anfertigung der Anzüge in keiner Weise mit den Anforderungen Schritt halten kann.

Durlach, den 13. Januar 1919. 525
Generalkommando 14. Armeekorps (Abteilung IVa).
Landesausschuß badischer Soldatenräte.

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft, 356 Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Taschenuhren auch reparaturbedürftig, lauft Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Daniels Konfektionshaus

Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe

Vorteilhafte Seidenkonfektion.

	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
Blusen . . . M	34.75	39.75	45.—
Röcke . . . „	63.75	85.—	95.—
Mäntel . . . „	125.—	150.—	Jacken von M 42.— an
Kleider . . . „	125.—	150.—	

Keine Ladenspesen.

Telephon 1846.

Grosso Auswahl

Die herzlichsten Glückwünsche zum 50. Geburtstage

unserem Kollegen und Genossen

Franz Pongratz.

Das Personal des „Volksfreund“

Zahn-Atelier.

Habe meine Praxis neu eröffnet. Sprechstunden: Werktags 9—12 $\frac{1}{2}$, und von 2—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr.

Franz Hill, Dentist. Herrenstrasse 3. 462

Nach mehrjähriger Assistenten-Tätigkeit an Berliner Krankenhäusern habe ich, aus dem Felde zurückgekehrt, mich hier als

prakt. Arzt

niedergelassen.

Dr. med. W. Weil

499 Kriegstraße 86, Telefon 4996 (gegenüber dem alten Bahnhof).

Sprechzeit: Montag bis Freitag vormittags 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr — nachmittags 3—4 Uhr.

Fett (Butter und Margarine).

100 Gramm gegen die Fettmarken C und D Nr. 102 in den Fettverkaufsstellen Nr. 237 bis 291 von Donnerstag den 16. Januar bis Samstag, den 18. Januar.

100 Gramm gegen die Fettmarken A und B-Nr. 108 in den Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis 100 von Freitag den 18. Januar bis Montag, den 20. Januar 1919.

In den Fettverkaufsstellen Nr. 3 und 4 und Nr. 51 bis 72, sowie in den Fettverkaufsstellen Nr. 237 bis 291 wird Landbutter, in den übrigen Geschäften Tafelbutter abgegeben. Karlsruhe, den 14. Januar 1919.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

COLOSSEUM

Waldstr. 16/18 Telefon 1938.

Das neue Spezialitäten-Programm ab heute Donnerstag, den 16. Januar, bis 31. Januar, täglich abends pünktlich halb 8 Uhr. An Sonntagen, nachm. 1/4 Uhr u. abends 1/8 Uhr.

Neu für überall!! Hoch aktuell!!

Eine Hamsterfahrt

zeitgemässer Scherz der Duare-Kompagnie.

ANNY KOCH die lustige Mänschlerin in ihren Original-Schlagern.	Reinhard und Sohn hervorragender, akrobatischer Akt.
2 Lüderitz 2 Drahtseilkünstler.	Carl Hermann das bayr. Original.
Gusta Botoni mit ihren Spielkameraden erstkl. Hundsdressurakt.	Else Gärtner Soubrette.
Mizi Rieder Parodistin und Kopistin.	E. BARRA der urdollige Jongleur, Komödiant. 544

Pfannkuch & Co.
Neues
Sauerkraut
Pfund 33 Pfg.
bei 10 32 Pfg.
eingemachte
rote Rüben
(rote Beete)
Pfund 50 Pfg.
Salzgurken
Essiggurken
empfehlen 543
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekanntesten
Verkaufsstellen

Eisenbahnertaschen
in allen Größen zu haben in
Beintraubs
An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52.
Staubend!
500 Flaschen Tinte 15.- M. frei!
1000 25.- M. frei!
Albert Wolf, Gefell i. Vgl.

Obstkörbe
50 und 100 Pfund haltend, hat
abzugeben 517
Leu Semmelmann Karlsruhe
Hauptstr. 28.

Konfirmantenkleid
Sammt, gut erhalten zu ver-
kaufen. 555
Marienstr. 34, III.

Zum Anstragen
von Literatur für die Stadt
gewissenhafte Person
für sofort gesucht.
Buchhlg. Volksfreund
Luisenstr. 24.

Uhren
Reparaturen werden unter Ge-
samte pünktlich und billig aus-
geführt 6417
Josef Klaus, Uhrmacher,
Hauptstr. 20.

Brennholz-Verkauf.
Um unserer werten Kundschaft im weitgehendsten Masse
entgegenzukommen, haben wir unter dem Heutigen
Göthestrasse 29,
ein Stadtlager für Kleinverkauf in Buchen-, Tannen- und
Fichten-Brennholz, sowie Anfeuer- und Bündelholz errichtet.
Dasselbe werden auch Bestellungen für grössere Lieferungen
angenommen. 542

Ludwig Braun & Co.,
Bündelholzfabrik,
Brennholzsägerei und Spalterei,
Lagerplatz: Stadtlager
Schlachthausstrasse 13. Göthestrasse 29.
Telephon 5222.

Soolbäder
Friedrichsbad
zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite
gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der
Scrofalosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Ge-
schwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen
und Augenentzündungen darbieten; ebenfalls gegen
Rachitis und Bleichsucht der Kinder. Im

Sozialdemokrat. Partei Rastatt.
Am Freitag den 17. Januar 1919, abends 1/2 8 Uhr,
findet im Lindenjaale in Rastatt eine
Öffentliche Wähler = Versammlung
statt. Parteisekretär und Stadtverordneter Oskar Trinks aus Karls-
ruhe wird ein **lehtes Wort** an die Wähler und Wählerinnen richten.
Hierzu sind alle Wähler und Wählerinnen mit der Bitte um zahl-
reiches Erscheinen freundlichst eingeladen.
— Freie Aussprache. —
Der Vorstand.

Zentrumspartei Karlsruhe.

Vor der Entscheidung!
Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr,
im großen Festhallsaal.
Redner:
Handwerkskammerpräsident Iesenmann, Bruchsal,
Finanzminister Dr. Wirth, Mitglied der badischen Nationalversammlung.
Wähler und Wählerinnen erscheint vollzählig!
Eintritt frei! Saaleröffnung 7 Uhr. Freie Aussprache!
Eine beschränkte Anzahl numerierte Plätze für die obere Galerie zum Preise
von 30 Pfg. sind ab Donnerstag, den 16. ds., auf dem Parteisekretariat, Adler-
str. 42, II., zu haben. 551
Der Ortsauschuß der Zentrumspartei.

Schwarzer Trauerhut
mit Schleier zu verkaufen. 546
Kaiser Allee 76, 3. St., rechts.
Neuer 540

Schneidertisch,
neue Küchenhocker, neuer
Küchentisch billig zu verkauf.
Schönenstr. 52, Laden.

Zu verkaufen, ein paar Jug-
stiefel Nr. 40, daselbst werden
ein paar Kinderstiefel Nr. 35
gekauft. 549
Georg Friedrichstr. 1, IV. St.

Ein Rodenmantel für Jungen
von 12-14 Jahren zu ver-
kaufen. Hauptstr. 24, II. r. 550

Ziege junge, fruchtige, horn-
lose, zu kaufen gesucht.
Off. mit Preisang. unt. Nr. 100
an die Geschäftsstelle des „Volks-
freund“ erbeten.

Druckfächer festlich
an
Buchdruckerei Volksfreund.

Sozialdemokr. Partei Beierheim.
Wählerinnen! Wähler!
Freitag, abends 1/2 8 Uhr findet in der Restauration
Ulrich (Schmaysberg) in Beierheim eine
öffentliche Versammlung
statt.
Referent:
Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Kullmann.
„Die politische Lage und die Wahlen zur
Nationalversammlung.“
Wählerinnen und Wähler erscheint in Massen.

Volksrat Karlsruhe.
Hierdurch ergeht Einladung zu unserer Donnerstag, den
16. Januar 1919, abends 7 Uhr, im großen Rathaus-
saale stattfindenden
Voll-Versammlung
mit folgender Tagesordnung:
1. Tätigkeitsbericht.
2. Berichterstattung des Kollegen Sörter
(Mitglied des Zentralrates) über die
Vorgänge in Berlin.
Wir erziehen um vollzähliges Erscheinen. 545
Der Vorstand.

Freunden eines gehaltvollen Humors
empfehlen wir die badischen
Kleinstadtgeschichten
von Ferdinand Madlinger.
Preis 2 Mk. (nach auswärt 15 Pfg. Porto).
Zu beziehen durch die
Buchhandlung **Volksfreund, Luisenstr. 24.**

zur Anregung der Hauttätigkeit von ärztlicher Seite
gerne und häufig empfohlen gegen sämtliche Formen der
Scrofalosis, wie sie sich durch Hautausschläge, Ge-
schwüre, Knochenauftreibungen, Drüsenanschwellungen
und Augenentzündungen darbieten; ebenfalls gegen
Rachitis und Bleichsucht der Kinder. Im

Volksrat Karlsruhe.
Aufklärungsausschuß.
Vorträge
über Fragen der Zeit.
Freitag, den 17. Januar 1919, V. Vortrag
Dr. Eduard Dietz
Mitglied der Nationalversammlung:
Das Erfurter Programm u. das Bürgertum.
Grosser Rathausaal.
Anfang 7 1/2 Uhr! Eintritt frei!
Freie Aussprache! 547

Privatspargelgesellschaft
in Karlsruhe.
Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen
Rückgabe der Empfangscheine
Freitag den 17. Januar 1919
Samstag " 18. " "
Montag " 20. " "
jeweils von morgens 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr,
ununterbrochen (ohne Mittagspause) wieder ausgefolgt.
An den genannten 3 Tagen können Einlagen wieder ange-
nommen noch zurückgezahlt werden. 554
Karlsruhe, den 15. Januar 1919.
Der Verwaltungsrat.

Wir suchen für unser Putzatelier eine
erste Garniererin
selbständige Arbeiterin,
sowie tüchtige 553
Vorarbeiterinnen.
Hermann Tietz.

Infolge technischer Schwierigkeiten bezüglich der Zufuhr
von Bekleidungsstücken kann der bereits veröffentlichte
Umtausch und zwar an die Personen mit Anfangsbuchstaben
F am 17. und 18. Januar 1919 und an die Personen mit
Anfangsbuchstaben H am 20. und 21. Januar 1919 vor-
erst nicht stattfinden. 555
Die Wiederaufnahme des Umtausches wird in den
Tageszeitungen bekanntgegeben.
Bezirkskommando Karlsruhe.

Städtisches Konzerthaus.
Donnerstag, den 16. Januar 1919. 552
Donnerstagsmiete Nr. 17.

Und das Licht leuchtet in der Finsternis.
Drama in 4 Aufzügen von Graf Leo Nikolajewitsch Tolstoi
Übersetzung und Bühnenbearbeitung von Heinrich Stämcke
Anfang 1/2 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Kohlrüben für Futterzwecke
werden täglich in der Zeit von morgens 8 Uhr bis nachmittags
4 Uhr (ohne Unterbrechung) gegen Barzahlung auf unserem Ge-
lände neben Billing u. Sörter, Grünwinklerstraße, abgegeben.
Karlsruhe, den 16. Januar 1919. 560
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Wandkalender für 1919
hübsch ausgestattet und den neuen
Postkurs enthaltend, zum Preis von
10 Pfg. bei uns, durch unser Träger-
personal und die Filialinhaber
zu beziehen.
Geschäftsstelle des Volksfreund
Luisenstr. 24, Karlsruhe.